

Entwurf Teil Schule Koalitionsvertrag 2016 – 2021

Selbständigkeit und Partizipation an Schulen stärken

Wir wollen unser durchlässiges und leistungsfähiges Schulsystem den Anforderungen gemäß stärken und pädagogisch weiterentwickeln. Jede Schülerin und jeder Schüler soll die Möglichkeit erhalten, die jeweiligen Fähigkeiten und Talente optimal zu entwickeln. Die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung ist für uns von zentraler Bedeutung. Die individuelle Förderung eines jeden Kindes und Jugendlichen ist für uns unverzichtbar. Keiner darf verloren gehen.

Schulen pädagogisch weiterentwickeln

Kurze Beine, kurze Wege – wir wollen unsere Grundschulen möglichst wohnortnah erhalten und da, wo dies aufgrund stark rückläufiger Schülerzahlen nicht möglich ist, gute Alternativen aufzeigen. In unseren weiterführenden Schulen (Realschulen plus, teilweise mit Fachoberschulen, Integrierten Gesamtschulen und Gymnasien) wird eine gute Arbeit geleistet. Ziel dieser Bildungsinstitutionen ist es, Kinder und Jugendliche auf dem Weg in ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben zu unterstützen. Die Struktur und Organisationsform der G8-Ganztags gymnasien bleibt unverändert. Wir wollen längeres gemeinsames Lernen verstärkt ermöglichen, wo es vor Ort gewünscht wird. Wir wollen die Errichtung weiterer Integrierter Gesamtschulen unter Sicherung des Qualitätsniveaus unterstützen. Zur Sicherstellung eines breiten Angebotes bei der Fächerwahl in der Oberstufe werden wir bei kleiner werdenden Schulen Kooperationen zwischen Schulen prüfen. Auch zukünftig bieten Förderschulen Schülerinnen und Schülern mit Beeinträchtigungen besondere Fördermöglichkeiten. An ausgewählten Standorten werden weitere Förderschulen zu Förder- und Beratungszentren weiterentwickelt.

Berufsbildende Schulen stärken – duale Ausbildung in der Fläche erhalten

Die berufsbildenden Schulen sind nicht nur zentraler Partner in der dualen Ausbildung und im Rahmen der Fachkräftestrategie, sondern für viele Jugendliche eine sehr gute Alternative, um höherwertige Abschlüsse bis zur allgemeinen Hochschulreife zu erwerben. Die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung ist für uns von zentraler Bedeutung. Um die BBS demografiefest weiterzuentwickeln und Fachklassen in der Fläche zu sichern, werden die Empfehlungen der Expertenkommission zur Weiterentwicklung der berufsbildenden Schulen aus 2014 auch künftig umgesetzt; dazu bilden die Ergebnisse des Modellversuchs Berufsschule 2020 die Grundlage. Im Zuge der Umsetzung der Fachkräftestrategie ist es notwendig, die besonderen Bedarfe einer Ausbildung in Teilzeit zu berücksichtigen. Diese kann dazu beitragen, das Potenzial insbesondere von Menschen mit Behinderungen, jungen Eltern oder Flüchtlingen zu heben.

Gute Unterrichtsversorgung und Selbstständigkeit von Schulen

Wir wollen die Unterrichtsversorgung weiter verbessern und streben eine 100-prozentige Versorgung an. Den Vertretungspool wollen wir beibehalten und weiter ausbauen. Das bisherige System der Personalversorgung ist nicht mehr zeitgemäß und wird im Dialog mit den am Schulleben Beteiligten sukzessive umgestellt. Ziel ist es, die Verteilung von Ressourcen transparenter zu gestalten, die Schulen bei der Personalgewinnung und -einstellung stärker einzubeziehen, ihnen mehr Handlungskompetenz zu geben und somit den jeweiligen Bedingungen besser Rechnung zu tragen.

Stärkung der Realschule plus

Die Realschule plus ist eine tragende Säule unseres durchlässigen Bildungssystems und der erfolgreichen Fachkräftesicherung. Wir wollen die Schulart Realschule plus stärken und im Rahmen einer breit angelegten Informationskampagne die mit dem Besuch der Realschule plus verbundenen Bildungs- und Aufstiegschancen im Land noch bekannter machen. Die aufgrund der vielfältigen neuen Aufgaben der Realschule plus bereits begonnene Entlastung der Schulleitungen durch die Einführung eines didaktischen Koordinators werden wir fortsetzen und weiter ausbauen. In einem nächsten Schritt werden wir dazu im Jahr 2017 48 neue Funktionsämter schaffen. Als vorrangige Aufgabe sollen didaktische Koordinatorinnen und Koordinatoren in enger Zusammenarbeit mit der Schulleitung dafür sorgen, dass Schulentwicklungsschritte, die sich aus der individuellen Leistungsförderung sowie dem Umgang mit Heterogenität und Inklusion ergeben, entwickelt und umgesetzt werden. Um Raum für eine noch intensivere Auseinandersetzung der Lehrkräfte mit wichtigen pädagogischen Fragen innerhalb des Kollegiums zu schaffen, werden wir an Realschulen plus einen zusätzlichen Studientag ermöglichen. Wir werden allen Lehrkräften mit Hauptschullehramt an Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen, die einen Antrag auf Wechselpfung in das Lehramt für Realschulen plus stellen, die Möglichkeit geben, diese zügig und unabhängig von ihrer Schulart zu absolvieren. Nach erfolgreich bestandener Prüfung wollen wir diesen Lehrkräften innerhalb der Legislaturperiode eine zeitlich realistische Perspektive zur Beförderung eröffnen.

Inklusion voranbringen

Der eingeschlagene, erfolgreiche Weg der inklusiven Beschulung wird fortgesetzt und weiterentwickelt. Dabei wird das Elternwahlrecht weiter von zentraler Bedeutung bleiben. Eltern werden auch künftig bei der Schulwahl auf der Grundlage einer fundierten Beratung zwischen Förderschule und Schwerpunktschule entscheiden können.

Sprachförderung und Integration

Bildungschancen dürfen nicht an Sprachbarrieren scheitern. Angesichts der Zuwanderung wird speziell die intensive Sprachförderung für Kinder ohne Deutschkenntnisse sowie mit sprachlichen Förderbedarfen immer wichtiger. Deshalb setzen wir einen Schwerpunkt bei der Sprachförderung. Für die Integration gilt: Wir setzen auf Deutsch-Intensivkurse, in denen Schülerinnen und Schüler gezielt gefördert werden. Daneben sollen sie in Fächern, in denen dies möglich ist, den Unterricht gemeinsam mit ihren deutschen Schulkameraden und Schulkameradinnen besuchen. Damit legen wir die Grundlage für eine gelingende Integration.

Mehrsprachigkeit stärken

Neben der Beherrschung der deutschen Sprache ist die Mehrsprachigkeit eine wichtige Ressource für den Einzelnen und die Gesellschaft. Deshalb werden wir den Herkunftssprachenunterricht und die Zertifizierung und Anerkennung bereits erworbener Fremdsprachen beibehalten. Darüber hinaus werden wir im Zuge der stärkeren Selbständigkeit von Schulen unter Sicherstellung der Durchlässigkeit zu weiterführenden Schulen die Möglichkeit schaffen, sprachbezogene Profile herauszubilden, die Chancen zum Erlernen neuer Fremdsprachen wie z.B. Spanisch bieten.

Berufswahl- und Studienorientierung stärken

Wir wollen unsere Jugendlichen gut auf ihre Ausbildung, ihr Studium und ihren Berufsweg vorbereiten. Die fruchtbare Kooperation mit zahlreichen Partnerinnen und Partnern in der Berufswahl- und Studienorientierung soll weiter ausgebaut werden. Das Projekt „Kompetent in eigener Sache“ und der für alle weiterbildenden Schulen verbindliche Tag der Berufs- und Studienorientierung sollen weiter gestärkt werden.

Schulsozialarbeit und Schulpsychologie ausbauen

Schulsozialarbeit und Schulpsychologie sind wichtige Beratungs- und Unterstützungssysteme von Schulen. In der Schulsozialarbeit hat sich der integrative Ansatz einer Kooperation von Jugendhilfe und Schule bewährt. Mit Schulsozialarbeit sollen Persönlichkeitsentwicklung und soziale Kompetenz der Schülerinnen und Schüler gestärkt werden. Auch beim Übergang von Schule in das Berufsleben wirkt Schulsozialarbeit problemlösend. Die Schulpsychologinnen und Schulpsychologen im Pädagogischen Landesinstitut unterstützen Schulen erfolgreich bei der Unterrichts- und Erziehungsarbeit. Sie bieten Einzelberatungen für Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte an und sind für Schulen und Schulaufsicht Partner in der Krisenprävention, Krisenintervention und Fortbildung. Um die wichtigen Aufgaben von Schulsozialarbeit und Schulpsychologie auch zukünftig umsetzen zu können, werden wir diese Unterstützungsangebote schrittweise bedarfsgerecht ausbauen.

Ganztagsland Rheinland-Pfalz

Wir wollen unser bewährtes Ausbauprogramm für Ganztagschulen in Angebotsform bedarfsgerecht fortführen. Dabei werden wir Schulen positiv auf dem Weg zur rhythmisierten Ganztagschule begleiten. Für bestehende Ganztagschulen in Angebotsform prüfen wir die Möglichkeit einer Umwandlung in verpflichtende Ganztagschulen, sofern dies von der Schulgemeinschaft und dem Schulträger beantragt wird. Uns ist es wichtig, dass die Angebote mit außerschulischen Kooperationspartnerinnen und -partnern weiter ausgebaut werden. Dabei wollen wir Schwerpunkte insbesondere in der Ernährungsbildung, der ökonomischen Bildung und den MINT-Fächern setzen.

Kulturelle Bildung

Die Schulen werden bestärkt darin, die kulturellen Einrichtungen des Landes als außerschulische Lernorte in die Gestaltung des Unterrichts einzubeziehen. Dies dient der Ausweitung der kulturellen Teilhabe, der Wissens- und Kompetenzerweiterung der Schülerinnen und Schüler sowie der wichtigen Stärkung der kulturellen Institutionen in Stadt und Land.

Ferienbetreuungsangebote ausbauen

Wir werden die Ferienbetreuungsangebote für Schulkinder deutlich ausweiten und damit Familien insbesondere während der großen Schulferien im Sommer unterstützen. Damit alle Familien in Rheinland-Pfalz Ferienbetreuungsprogramme in Anspruch nehmen können, wollen wir die Landesmittel für Träger von entsprechenden Angeboten deutlich erhöhen. Unser mittel- bis langfristiges Ziel ist es, den Eltern insbesondere in den langen Schulferien im Sommer eine Betreuungsgarantie zu geben.

Digitale Bildung entscheidet

Digitale Bildung und der Erwerb digitaler Kompetenzen entscheiden über Berufs- und Lebenschancen. Sie sind für uns von zentraler Bedeutung. Online Lehren und Lernen soll Standard werden an allen weiterführenden Schulen. Wir werden unsere Schulen bei der Vermittlung digitaler Bildung weiter unterstützen und dabei das erfolgreiche Landesprogramm „Medienkompetenz macht Schule“ fortentwickeln. Dabei wird neben der Hardwareausstattung die digitale Bildung in der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften intensiviert und die Vermittlung digitaler Kompetenzen insbesondere in den Grundschulen ausgeweitet.

Demokratie leben und lernen

Unsere Schulen sind Orte der politischen Bildung, in denen Demokratie gelebt und als Wert erlebbar wird. Ein grundlegendes Verständnis demokratischer Prozesse und die Möglichkeit zur Partizipation sind der wirksamste Schutz vor Demokratieverdrossenheit und Extremismus. Durch die Erfahrung von Selbstwirksamkeit können Toleranz, Solidarität und Verantwortungsbewusstsein gestärkt werden. Die Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern wie z. B. dem Netzwerk für Demokratie und Courage und die Durchführung von Aufklärungsprojekten sind gerade bei der Demokratieerziehung von hoher Bedeutung. Schülerinnen und Schüler sollen nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch die Möglichkeit haben, die Funktionsweise und Bedeutung einer Demokratie kennenzulernen. Wir fördern ihre aktive Partizipation in der Schulgemeinschaft etwa durch Klassenräte, Jahrgangsstufenversammlungen, Schulparlamente und die Schülervertretung. Unser Ziel ist, die Demokratieerziehung noch intensiver und in noch mehr Schulen zu verankern. Insbesondere die Schülerrechte möchten wir deutlich stärken, die Mitwirkungsmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler erweitern und hierfür das Schulgesetz ändern. Wir unterstützen das Programm „Schule gegen Rassismus – Schule mit Courage“, das von der Landeszentrale für politische Bildung mit einer wachsenden Zahl von Schulen durchgeführt wird.

Gesunde Ernährung und Verbraucherbildung

Wir wollen das Bewusstsein für die Bedeutung einer gesunden Ernährung weiter stärken. Wir unterstützen unsere Schulen weiterhin, damit die Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung flächendeckend umgesetzt werden. Wir werden auch in Zukunft die Vernetzung aller Akteurinnen und Akteure sowie Institutionen rund um die Schulverpflegung fördern und hierfür die Vernetzungsstellen „Schulverpflegung“ einbinden, die in den Ganztagschulen für ein gesundes und ausgewogenes Mittagessen sorgen. Das Schulobstprogramm werden wir fortsetzen. Die Richtlinie für Verbraucherbildung werden wir mit dem Ziel, das Bewusstsein für gesunde Ernährung weiter zu stärken, weiterentwickeln und dabei insbesondere Hauswirtschaft berücksichtigen.

Bundesratsinitiative zur Aufhebung des Kooperationsverbots

Bildungschancen müssen für alle Kinder gleichermaßen zugänglich und unabhängig von der sozialen Herkunft sein. Um den großen gesamtgesellschaftlichen und bildungspolitischen Herausforderungen wie die Inklusion und die Integration von Migrantinnen und Migranten in Zukunft noch besser gerecht werden zu können, muss auch der Bund seinen Anteil leisten. So könnte er beispielsweise dauerhaft die Finanzierung der Schulsozialarbeit übernehmen. Deshalb werden wir uns auf

Bundesebene für die Abschaffung des Kooperationsverbots im Bildungsbereich stark machen und eine entsprechende Bundesratsinitiative auf den Weg bringen.

Modernisierung der Schulbaurichtlinie

Gute Lern- und Arbeitsbedingungen für Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer erfordern auch gute bauliche Rahmenbedingungen. Wir wollen die Schulbaurichtlinie des Landes überarbeiten, um bei Neubau und Umbau von Schulgebäuden Energieeffizienz und eine nachhaltige Bauweise und Technik ebenso zu berücksichtigen wie veränderte Lern- und Lehrbedürfnisse, die sich zum Beispiel aus der Umsetzung der Inklusion, der Ganztagschule und der individuellen Förderung aller Kinder und Jugendlichen ergeben. Dabei wollen wir das „Bewertungssystem nachhaltiges Bauen“ berücksichtigen.